Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2114

Der Bundesminister des Auswärtigen
L 1 — 86.13

Bonn, den 20. März 1964

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Außenhandel des Staates Israel**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. h. c. Brauer, Dr. Serres, Dr. Stammberger und Genossen**
— Drucksache IV/2026 —

Die Kleine Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Wirtschaft wie folgt:

Im Rahmen ihrer auf die Förderung des Welthandels gerichteten Bestrebungen hat sich die Bundesregierung stets für die Erweiterung der Absatzmöglichkeiten der Entwicklungsländer eingesetzt. Die liberale Außenhandelspolitik Deutschlands, die auch dem Staate Israel zugute gekommen ist, hat eine überdurchschnittliche Steigerung der israelischen Ausfuhren nach Deutschland von 101 Mio DM im Jahre 1960 auf 223 Mio DM im Jahre 1963 ermöglicht. Die Bundesregierung beabsichtigt diese Politik fortzusetzen und geht hierbei von der Erwartung aus, daß ein freier wirtschaftlicher Austausch sowohl mit Israel als auch mit den arabischen Staaten der Stabilität und Erhaltung des Friedens im Nahen Osten dienlich ist.

Auf multilateraler Ebene steht die Sicherung des Absatzes der Entwicklungsländer auf der Tagesordnung der Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen und der Kennedy-Runde des GATT. Deutschland hat sich aktiv in die Vorbereitung beider Konferenzen eingeschaltet und wird auch weiterhin seinen Beitrag leisten, damit die angestrebten Ziele erreicht werden. Darüber hinaus hat die Bundesregierung im Rahmen der EWG eine positive, andere Länder nicht diskriminierende Regelung der Beziehungen der Gemeinschaft zu Israel befürwortet. In diesem Sinne hat der Ministerrat der EWG am 10. März d.J. gleichzeitig mit der Erteilung eines Mandats für den Abschluß eines Handelsabkommens zwischen der Gemeinschaft und dem Libanon die EWG-Kommission beauftragt, mit der israelischen

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 63551

Regierung Verhandlungen über den Abschluß eines dreijährigen Handelsabkommens aufzunehmen. Die in dem Verhandlungsmandat vorgesehenen Zollzugeständnisse, die nach dem im GATT verankerten Prinzip der Meistbegünstigung auch allen anderen Ländern zugute kommen, tragen den besonderen israelischen Bedürfnissen Rechnung. Sie werden den israelischen Absatz von Südfrüchten, Chemikalien, Textilien und anderen Waren des gewerblichen Bereichs in Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EWG erleichtern.

Schröder